



pfw

Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

www.dfw-dachverband.de

Datenschutz beim Kirchenaustritt

Der französische Freidenkerverband möchte eine europäische Kampagne zum Schutz der Privatdaten von Kirchengeschiedenen starten: Je nach Mitgliedstaat werden die relevanten EU-Regelungen anders interpretiert, und das nicht selten zugunsten der Kirchen (allen voran der katholischen). Es geht hier eigentlich um weltanschauliche Selbstbestimmung und Geistesfreiheit überhaupt.

Den deutschsprachigen Aufruf finden Sie untenstehend. Es haben schon Verbände aus Spanien und Italien zugesagt. Individuelle und kollektive Unterstützungen sammeln wir über diese URL, bevor wir den Aufruf an das frisch gewählte EU-Parlament einreichen: Dieses Anliegen wird vom Dachverband freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. unterstützt.

Swaantje Schlittgen
Präsidentin

Der Humanistische Freidenkerbund Brandenburg e.V. unterstützt diese Erklärung und die Kampagne ebenfalls.

Volker Mueller

AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger Europas und ihre Organisationen: Nein zur Speicherung persönlicher Daten durch Religionen!

Mehrere abweichende Entscheidungen von Gerichten und Behörden in verschiedenen europäischen Ländern gefährden den Schutz der persönlichen Daten, die sich im Besitz von Konfessionen und Glaubensgemeinschaften befinden. Aus diesem Grund schlagen wir die Unterzeichnung der vorliegenden Petition vor, die an das Europäische Parlament gerichtet werden soll.

Die Gewissens- und Glaubensfreiheit wird in allen europäischen Ländern durch verschiedene Texte, Verfassungen und Erklärungen von nationaler oder internationaler Tragweite garantiert. Wie andere Vereinigungen dürfen auch Konfessionen die persönlichen Daten ihrer Mitglieder speichern, um sie für Zwecke zu verarbeiten, die für beide Seiten relevant erscheinen. Dies geschieht innerhalb der Grenzen der nationalen Gesetze und der internationalen Verpflichtungen, die die Länder eingegangen sind.

Die Gewissens- und Überzeugungsfreiheit schließt das Recht ein, die eigene Überzeugung zu ändern, z. B. das Recht, die Religion zu wechseln oder keine Religion zu haben.

Alle religiösen und nichtreligiösen Gruppen müssen das gleiche Recht mit den gleichen Garantien für die Bürgerinnen und Bürger einhalten: Die persönlichen Daten derjenigen, die diese Gruppe verlassen, dürfen sie nach dem Verlust dieser Mitglieder

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird.

Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.

www.dfw-dachverband.de



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: *Swaantje Schlittgen, Gustav-Adolf-Str. 58, 04105 Leipzig, Tel. 0341-1498848*

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

*E-Mail: post@dfw-dachverband.de * lenz@dfw-dachverband.de*



nicht weiter aufbewahren. In der Praxis behaupten mehrere Konfessionen, dass sie weiterhin die Kontrolle über diese Daten behalten, und zwar aus Gründen, die sie für legitim halten, die aber einfach auf ihre interne Funktionsweise verweisen. Zum Beispiel weigern sich mehrere christliche Konfessionen, die Daten ihrer ehemaligen Gläubigen zu löschen, die häufig in der frühen Kindheit ohne deren persönliche Zustimmung gespeichert wurden.

Mehrere dieser Fälle, die die katholische Taufe betreffen, wurden in den letzten Jahren vor Gericht gebracht, und einige davon erreichten die höchsten Gerichte der betroffenen Länder mit unterschiedlichen Ergebnissen. Beispielsweise verweigerten französische und irische Gerichte den ehemaligen Gläubigen das Recht auf Löschung ihrer persönlichen Daten aus den Registern der katholischen Kirche, während die belgische Datenschutzbehörde hingegen die strikte Einhaltung des allgemeinen Rechts anordnete, und somit eine Löschung verlangte.

Die unterzeichnenden Organisationen und BürgerInnen fordern, dass alle Konfessionen, unabhängig von ihrem eigenen Rechtsstatus in den betroffenen Ländern, dem allgemeinen Recht unterliegen sollen: Sie sollen die Daten einer Person, die aufgrund der Ausübung ihrer Gewissensfreiheit eine Konfession verlassen hat, vollständig und endgültig löschen. Außerdem sollen die Regierungen und internationalen Behörden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass diese Grundfreiheit gewahrt wird.

Unterschrift:

<https://framaforms.org/organized-confessions-should-not-be-allowed-to-retain-personal-data-1712911613>

Eine Initiative von:

Bureau Européen de la Libre Pensée
Europäisches Koordinationsbüro freigeistiger Organisationen
 10-12, rue des Fossés Saint-Jacques - 75005 Paris (France)
 + 33 1 46 34 21 50

Die Unvereinbarkeit des Humanistischen Freidenkerbundes Havelland e.V. (HFH) mit extremistischen, rassistischen und anderen menschenfeindlichen Haltungen und Handlungen

Entsprechend der Satzung des HFH, insbesondere § 2 Abs. 2., 3. und 6., und der Programmatischen Grundgedanken des HFH sind folgende verbandsfeindliche Haltungen und Handlungen mit der Mitgliedschaft im HFH, mit einer haupt- oder ehrenamtlichen Mitarbeiterschaft im HFH und mit anderen Tätigkeiten für den HFH unvereinbar.

Zu diesen Haltungen und Handlungen von Personen und von Parteien und Organisationen gehören vor allem:

- Verhalten gegen die Menschenrechte (entsprechend der UNO-Menschenrechtskonvention), gegen die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gegen die verfassungsmäßige Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland
- Rassismus und Antisemitismus
- Fremden- und Ausländerfeindlichkeit
- politischer und weltanschaulicher Extremismus, Faschismus und Islamismus

Personen und Vertreter*innen von Parteien und Organisationen, die diese Haltungen und Handlungen zeigen, ist das Betreten unserer HFH-Einrichtungen grundsätzlich nicht gestattet.

Nauen, 07.05.2024

Beschluss des Vorstands des Humanistischen Freidenkerbundes Havelland e.V.

Religionsunterricht ist Ländersache: Ein Bericht aus Hamburg

Im weltoffenen Hamburg gibt es in den Klassen 1-6 nur den Religionsunterricht „für alle“, die Klassengemeinschaft wird also nicht durch getrennte, verschiedene Religionsunterrichte bzw. einen alternativen Unterricht aufgehoben. Das wäre eigentlich ideal, wenn sich dabei alle in der Klassengemeinschaft unter gleichen Voraussetzungen über Werte, Kulturen, Weltanschauungen und Religionen austauschen könnten.

Was aber geschieht mit konfessionsfreien Kindern in diesem besonders beeinflussbaren Alter in einem Bekenntnisunterricht?

Denn darum handelt es sich tatsächlich! Der Religionsunterricht „für alle“ wird nämlich allein von fünf Religionsgemeinschaften gestaltet und verantwortet, die „ihren“ Bekenntnisunterricht wie eine Wagenburg verteidigen: Die Religionslehrer müssen Mitglied einer dieser Religionsgemeinschaften sein und deren Lehrbeauftragung beibringen. Für die in Hamburg über 60 % Konfessionsfreien ist für eine gleichberechtigte Mitwirkung kein Platz, und sie sind auch bei der Gestaltung der Lehrplaninhalte nicht beteiligt. Anders als in fast allen Bundesländern gibt es in Hamburg in den Klassen 1-6 auch kein Alternativfach wie Ethik, Werte und Normen oder Philosophieren mit Kindern – erst ab Klasse 7 wird Philosophie als Alternative angeboten, was etwa die Hälfte der Schüler dann auch nutzt.

Der Stadtstaat wird zurzeit von einer rot-grünen Koalition regiert, die in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart hat, dass „der Religionsunterricht so gestaltet [wird], dass Kinder und Jugendliche aller Glaubensrichtungen und



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Swaantje Schlittgen, Gustav-Adolf-Str. 58, 04105 Leipzig, Tel. 0341-1498848

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: post@dfw-dachverband.de * lenz@dfw-dachverband.de



pfw

Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

auch solche, die dezidiert keiner Religion angehören, ansprechende und alle berücksichtigende identitätsstiftende Bildungsangebote bekommen und miteinander ins Gespräch kommen.“

Während der Regierungszeit der CDU wurden die Hamburger Verträge mit der evangelischen Nordkirche, der römisch-katholischen Kirche und der Jüdischen Gemeinde abgeschlossen und danach auch die Verträge mit den muslimischen Religionsgemeinschaften (DITIB, SCHURA und VIKZ) und den Aleviten. Daraufhin tragen nun diese Religionsgemeinschaften gemeinsam die Verantwortung für den Hamburger Bekenntnisunterricht „für alle“. Es rumort deshalb bei den Konfessionsfreien.

Am 5.4.2024 hatten die religionspolitischen Sprecher von SPD und Grünen zu einem Fachtag „Religionsunterricht für alle – RUfa 2.0“ eingeladen zum Thema „Nicht religiöse Perspektiven in den Klassen 1-6“. Teilnehmer waren Aleviten, Katholiken, Juden, Muslime von DITIB, SCHURA und VIKZ, Buddhisten, Hindus, Religionslehrer, GEW, Säkulares Forum Hamburg und seine Mitgliedsorganisationen, Zentralrat der Konfessionsfreien, HVD Berlin (Humanistische Lebenskunde in Berlin), betroffene Eltern und Vertreter von säkularen Arbeitsgemeinschaften der beiden Parteien.

Das Säkulare Forum Hamburg e.V. fasst in seiner Bewertung zusammen:

- Es gibt kein „identitätsstiftendes Angebot“ für die säkularen Schüler im RUfa 2.0, wie im Koalitionsvertrag gefordert.
- Säkulare Schüler werden genötigt, am Bekenntnisunterricht von Religionen teilzunehmen.
- Ein Alternativunterricht wie Ethik, Werte und Normen, Philosophieren mit Kindern ist in den Klassen 1-6 nicht vorhanden.
- Die Abmeldemöglichkeit vom RUfa wird den Eltern aus schulorganisatorischen Gründen de facto nicht bekannt gemacht.
- Da eine Abmeldung vom RUfa im laufenden Schuljahr die Gefahr birgt, Schüler zu stigmatisieren, findet sie praktisch kaum statt, zumal kein Alternativunterricht wählbar ist.
- Die evangelische Nordkirche zeigt sich nicht kooperationsbereit, mit Vertretern säkularer Organisationen zu sprechen.
- Säkulare Organisationen, die wie in Berlin einen säkularen Bekenntnisunterricht anbieten könnten und dürfen, werden beim RUfa nicht mit einbezogen.
- Säkulare Lehrkräfte (auch aus den mit Religionen gleichgestellten Weltanschauungsgemeinschaften) sind nicht zugelassen.
- Bei den politisch Verantwortlichen ist kein ernsthafter Veränderungswille erkennbar.

Referenten waren Dr. Jochen Bauer als Vertreter der Schulbehörde, Prof. Thorsten Knauth mit didaktischem Blick auf die nichtreligiöse Perspektive in den Klassen 1-6, Prof. Alexander Unser, Kath. Theologie, TU Dortmund mit einem Vergleich von Norwegen, England/Wales und LER in Brandenburg sowie eine ehem. Schulleiterin mit einem Unterrichtsentwurf für Kl. 3 und einem Religionslehrer mit einem Unterrichtsmodell zur Schöpfungsgeschichte für Kl. 6.

Die anschließenden Arbeitsgruppen wurden aus dem Plenum noch ergänzt um die Gruppen:

- Was brauchen konfessionsfreie Kinder und Eltern
- RUfa 2.0 in der Kritik: Wo müsste in den Klassen 1-6 nachgesteuert werden, vor allem bei der Einbindung nichtreligiöser Perspektiven
- Ist RUfa die Quadratur des Kreises?

Das kurze Feedback am Ende ergab, dass auch mehrere Religionsgemeinschaften die Forderung nach besserer Einbindung der säkularen Schüler unterstützen. Mehrere säkulare Organisationen hielten den gegenwärtigen Zustand des RUfa für unhaltbar, bei dem etwa der Hälfte der Schüler kein identitätsstiftendes Angebot gemacht wird. Eine Verbesserung könnte entweder durch eine Ausweitung der Gestaltung des RUfa durch säkulare Organisatio-



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: *Swaantje Schlittgen, Gustav-Adolf-Str. 58, 04105 Leipzig, Tel. 0341-1498848*

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

*E-Mail: post@dfw-dachverband.de * lenz@dfw-dachverband.de*



pfw

Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

nen oder durch ein Alternativfach wie Ethik, Werte und Normen oder Philosophieren mit Kindern erreicht werden. Solche Entscheidung ist in Hamburg erst ab Klasse 7 möglich und wird dann auch von der Hälfte der Schüler genutzt. Bei der Zukunftsperspektive sind sich Grüne und SPD nicht einig: Der eine plädiert für Fortführung der Diskussion, der andere für weitere Erprobung (und damit Erhaltung!) der bestehenden Bildungspläne.

Heiko Porsche,

*1. Vorsitzender Verband freier Weltanschauungsgemeinschaften Hamburg e.V.
und Mitglied im Vorstand des Säkularen Forums Hamburg e.V.*

Presseerklärung zur 76. ordentlichen Landesversammlung der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz K.d.ö.R. am 04. Mai in Ludwigshafen am Rhein

Freireligiöse Delegierte verurteilen Attentat auf Mathias Ecke und rufen zur Stärkung von Freiheit und Demokratie bei den Wahlen auf. Die Versammlung fand unter dem Thema

„Freiheit und Menschenrechte sichern heißt Demokratie in Europa stärken – vom Freireligiösen Aufbruch bis ins heute“

statt. Dazu erklärt Präsidentin Tenko Bauer:

„Aus den leidvollen Erfahrungen unserer freireligiösen Geschichte heraus, wissen wir um die Folgen für alle Demokrat*innen, wenn verfassungsfeindliche und faschistische Kräfte und Parteien in Deutschland Mehrheiten erzielen. Während der Versammlung haben wir von dem feigen und abscheulichen Anschlag einer „SA 2.0“ auf den SPD-Politiker Matthias Ecke erfahren müssen. Dies macht deutlich: Unsere Demokratie muss sich gegen den Hass und die Hetze von AfD und Konsorten endlich zur Wehr setzen und ein Verbot in die Wege leiten, bevor es wieder zu spät ist.“

Landessprecherin Marlene Siegel ergänzt:



„Wir rufen im Nachgang unserer Versammlung die Menschen dazu auf, dass zum Schutze unserer Demokratie alle Bürger*innen von ihrem Wahlrecht am 09. Juni Gebrauch machen und ihr Kreuz bei einer demokratischen und grundgesetztreuen Partei machen. Nur gemeinsam können wir gegen die Gefahr von Rechts bestehen!“

*Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz
Tenko Saphira Bauer (Präsidentin)
Marlene Siegel (Landessprecherin)*



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.
Präsidentin: Swantje Schlittgen, Gustav-Adolf-Str. 58, 04105 Leipzig, Tel. 0341-1498848
Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:
Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513
E-Mail: post@dfw-dachverband.de * lenz@dfw-dachverband.de

Erklärung des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands (BFGD) zum Bericht über „Lebenswendefeiern“ vom 21. Mai 2024

Beim Bericht über die Versuche, seitens der christlichen Kirchen Alternativen zu ihrer Konfirmation und Kommunikation für religiös uninteressierte Jugendliche einzuführen, fällt auf, dass die Jugendweihe, gegen die sich diese Versuche richten, wieder nur als Feier der ehemaligen DDR dargestellt wird.

Das ist falsch, denn die Jugendweihe ist älter als die DDR, die dieses Ritual von der freireligiösen/freigeistigen Bewegung abgekupfert hatte. Die freireligiöse Jugendweihe wurde 1852 von Eduard Balzer, Präsident des BFGD und Mitglied des Vorparlaments 1848, ins Leben gerufen. Sie war ein Ausdruck der Abwendung der Gemeinschaften vom Christentum hin zu einer selbstbestimmten kritischen Religion und Weltanschauung.

Noch heute wird sie von freireligiösen Gemeinschaften und humanistischen Weltanschauungsgemeinschaften gefeiert und ist offen für alle Jugendlichen. Sie erfreut sich gerade in den östlichen Bundesländern großer Beliebtheit genauso wie in vielen anderen Bundesländern.

So wurde im April dieses Jahres die Jugendweihe einiger freireligiöser Gemeinschaften auf dem Hambacher Schloss gefeiert, um an die demokratische Tradition der Gemeinschaften und ihre Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte und einer humanistischen Ethik zu erinnern. Für sich Verantwortung zu übernehmen, ist Teil dieser Tradition, oder wie es eine Teilnehmerin ausdrückte: „... alles, was ich persönlich mache, ist versuchen, versuchen besser in Bereichen zu sein, um mich selbst abzulenken, versuchen für mich selber eine Lösung zu finden, versuchen es alleine hinzukriegen.“

Im Sinne einer humanistischen Ethik zu handeln, ist Anliegen vieler junger Menschen, wir wollen sie dazu ermutigen: Ich zitiere einen Teilnehmer aus diesem Kreis der jungen Menschen vom Hambacher Schloss:

„Wir alle sind also zum verantwortlichen Handeln aufgerufen und müssen uns stets fragen: Habe ich verantwortlich entschieden, in dem, was ich getan oder nicht getan habe? Habe ich dabei so entschieden und gehandelt, dass es jeder im Sinne eines allgemeinen Gesetzes tun würde? Habe ich dabei meine Mitmenschen nicht nur als Mittel zum Zweck gesehen, sondern als Menschen mit eigenen Wünschen und Zielen?“

Renate Bauer
Präsidentin

